



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 12.04.2016, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Gewerbegebiet der Zukunft - Handlungsempfehlungen - mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Herr **Großmann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) gibt anhand einer Präsentation einen Werkstattbericht zum Thema Gewerbegebiet der Zukunft in Anknüpfung an den Rundgang im Februar wieder. Beginnend mit einer Luftbilddarstellung der dynamischen Entwicklung seit 2015 geht er auf den Transformationsprozess der Gewerbeflächen und die Profilierung der Teilgebiete mit deren jeweiligen Zielstellungen und Leitlinien ein. Ferner schildert er Angriffspunkte für Weiterentwicklungen, Perspektiven und Strategien. Weitere Themen seien darüber hinaus die Nutzung von Parkflächen, Anbindung an den Bahnhof, Mobilitätsangebote und Beispiele der Stadtgestaltung.

Zu Letzterem bezieht Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) für den Teilbereich Kunst im öffentlichen Raum Stellung. Sie zeigt sich erfreut, dass ein großer Planungsprozess über das Gebiet gelegt werde, der die Verknüpfung mit dem Thema künstlerische Gestaltung der Stadträume erleichtere. Entscheidende Bedeutung nehme der frühe Kontakt mit den Planungsbüros ein, um ausloten zu können, an welchen der entstehenden Freiflächen welche Art von Nutzung angedacht sei. Die integrierten Lösungen ermöglichten zudem, mit den privaten Eigentümern in den Dialog treten zu können um deren Ambitionen mit den Städtischen abzustimmen.

Zu Beginn der Aussprache zeigt sich Stadträtin **Kreiser** über die dynamische Entwicklung erfreut. Ihrer Ansicht nach dürfe es keine Denkblockaden geben und man müsse neue Wege gehen. Grünflächen und Kunst müssten einbezogen werden, um das Gebiet mit Blick auf die angrenzenden Wohngebiete lebenswert zu gestalten. Das geschilderte Vorgehen halte ihre Fraktion für richtig und stimme diesem zu.

Stadtrat **Dr. Vierling** sieht ebenfalls Erneuerungsbedarf in der Weststadt, der bei einem Spaziergang vor Ort offensichtlich werde. Er fragt nach den Bezügen zum RegioWIN-Wettbewerb und plädiert dafür, eine Konzentration der Mobilität auf die Fahrradnutzung vorzunehmen bzw. diese stark in den Vordergrund zu stellen. Hinsichtlich der Finanzierung stehe für ihn ein Konsortium der Begünstigten aus Stadt und Wirtschaft im Mittelpunkt der infrastrukturellen Weiterentwicklung.

Von einer Entwicklung, die in Teilen Vorbildcharakter aufweise, spricht Stadträtin **Liepins** und hinterlegt dies mit Beispielen. Die Neuplanungen böten ihrer Ansicht nach die Chance, sich von hochgradigen Versiegelungen zu verabschieden und die angesprochenen Aspekte Grün und Kunst verstärkt einzubringen. Wichtig dabei ist es, mit den Eigentümern zusammen zu planen und diese nicht zu übergehen. Nach ihrer Einschätzung werde sich höchstwahrscheinlich ein

Problem dahingehend ergeben, dass zu wenige Gewerbeflächen für ansiedlungswillige Unternehmen vorhanden seien. In Bezug auf das Bahnhofsumfeld sei man offen für alle Formen der Mobilität, um die Verkehrsinfrastruktur der steigenden Bevölkerungszahl anzupassen. Ihre Fraktion unterstütze das Vorgehen und hoffe auf eine weiterhin positive Entwicklung.

Stadtrat **Weiss** würdigt die Konkretisierung des Vorhabens und stellt sich insbesondere die Frage, was die Stadt hier leisten und wo die Beteiligung der Unternehmen eingeholt werden müsse. Nachfolgend geht er auf die Einzelbereiche ein. Eine Seilbahn stelle für seine Fraktion entgegen der aktuellen Diskussion ausschließlich eine punktuelle Lösung dar.

Die Herangehensweise einer ganzheitlichen Beteiligung bewertet Stadtrat **Eisele** als positiv. Bei der Kleingartenanlage „Frommannkaserne“ sehe er noch eine größere Diskussion als notwendig an.

Stadträtin **Dziubas** trägt sich mit dem Gedanken, den Bereich durch die Integration von Wohnbau zu beleben und arbeitsnahen Wohnraum zu entwickeln. Sie habe Bedenken, dass dort in der Nacht kein Leben mehr herrsche.

Nach den Worten von OBM **Spec** bestehe die Chance, neben der wirtschaftlichen Vergangenheit auch die wirtschaftliche Zukunft der Stadt in der Weststadt zu entwickeln. Der Wandel sei sehr erfolversprechend und mit der Unterstützung des Gemeinderates werde die Verwaltung entscheidende Impulse in der engen Netzwerkarbeit mit den Unternehmen vor Ort leisten können. Was die Finanzierung anbelangt sei klar, dass die Stadt bei den Investitionen den öffentlichen Raum im Fokus haben müsse und die Unternehmen ihre privaten Flächen im Rahmen eines Gesamtkonzepts aufwerteten. Insgesamt sehe er eine lohnende Investition zugunsten einer Erhöhung der Arbeitsplatzanzahl. In Ergänzung der angebrachten Diskussionspunkte geht er im Weiteren auf die Konzentration und Entsiegelung von Parkflächen zugunsten von Grünflächen und eines attraktiven Umfeldes ein. Ohne Entsiegelung werde dies nicht umgesetzt werden können. Ferner sei eine Stärkung des ÖPNV aufgrund der knappen Flächen notwendig, da die Parkplätze auf Dauer nicht in ähnlicher Weise steigerbar wären, wie die Anzahl der Arbeitsplätze. Das Thema Wohnen sehe er nicht im klassischen Sinne. Die bereits ansässigen Unternehmen hätten den klaren Bedarf nach sog. Boarding-Wohnen artikuliert, dessen Realisierung in der Weststadt für die gewünschte Belebung sorgen könne.

Ergänzend führt Herr **Großmann** aus, dass die Region Stuttgart im Zuge des RegioWIN-Projektes keine europäischen Fördergelder erhalten konnte. Allerdings habe die inhaltliche Arbeit im Rahmen der Antragstellung enormen Vorschub geleistet. In Zukunft wolle man anhand des festgelegten Vorgehens die passenden Fördermöglichkeiten prüfen.

TOP 2

Grundsatzentscheidung zur Einführung der digitalen Gremienarbeit (Vorberatung)

Vorl.Nr. 095/16

Beschlussempfehlung:

1. Für den Sitzungsbetrieb der beschließenden Ausschüsse und des Gemeinderates der Stadt Ludwigsburg wird nach der Sommerpause 2016 die digitale Gremienarbeit als Standardarbeitsweise eingeführt.
2. Nach der vorangegangenen Testphase mit allen Beteiligten des Sitzungsbetriebes stimmt der Gemeinderat der Weiterführung des erprobten Konzeptes zu. Die notwendigen Lizenzen für den laufenden Betrieb der Mandatos2 App werden beschafft und die Wartungsverträge für die Softwarepflege um dieses Modul erweitert.

3. Die Testphase wird für alle Mitglieder des Gemeinderates bis zur Sommerpause verlängert. Bis zum 31.07.2016 wählt jede Stadträtin/jeder Stadtrat mit Wirkung zum 01.09.2016 zwischen digitaler Gremienarbeit und Papierversand.
4. Mit der Einführung der digitalen Gremienarbeit orientiert sich die Einberufung der Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse an der digitalen Form. Alternativ werden gedruckte Tagesordnungen versendet. Die für die Beratung erforderlichen Unterlagen werden den Mitgliedern des Gemeinderates unter Nutzung der Mandatos2 App künftig digital zur Verfügung gestellt (Standard). Solange der Bedarf gegeben ist, wird der Papierversand als alternative Bezugsmöglichkeit für Sitzungsunterlagen aufrechterhalten. Die Regelungen der Geschäftsordnung des Gemeinderates werden nach Abschluss der verlängerten Testphase entsprechend angepasst und gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Zunächst führt Herr **Spear** (Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Gremien) in die Beratung ein.

Unter Verweis auf die Vorl.Nr. 095/16 erläutert Herr **Schinnerling** (Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Gremien) anhand einer Präsentation die Hintergründe der Beschlussempfehlung.

Stadträtin **Kreiser** hebt das große Engagement der Verwaltung hervor und stellt eine überwiegende Teilnahme ihrer Fraktion an der digitalen Gremienarbeit in Aussicht. Sie gehe von einer Weiterentwicklung der Lösung aus und bekräftigt ihre diesbezüglichen Anforderungen anhand von Beispielen. Außerdem wünscht sie sich eine Weiterführung der bisher gewährten Unterstützungsleistungen und in Form von Beratungen der Gremienmitglieder. Abschließend benennt sie die ihrer Ansicht nach kritischen Punkte Empfang anderer E-Mails und Sicherheit beim Einrichten fremder Funknetzwerke.

Nach den Worten von Stadtrat **Dr. Vierling** begrüßt die Fraktion der Grünen den klaren Beschlussvorschlag der Verwaltung zur digitalen Gremienarbeit, da der Umgang mit den Tablets eine Entlastung und Hilfe in vielerlei Hinsicht bedeute. Ferner sehe er darin einen Beitrag zur Modernisierung der kommunalpolitischen Arbeit. Im Zuge dessen appelliert er an alle Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat innerhalb des großzügigen Übergangszeitraumes durch den Umstieg auf elektronische Dokumente zu helfen, dass die Einsparungen auch wirklich erzielt werden könnten. Er wünscht sich eine Präzisierung der Wirtschaftlichkeitsaussagen in Bezug auf den erwähnten Teilumstieg und die letztendlichen Auswirkungen, wenn 5 bis 10 Stadträte sich nicht zum Umstieg entschließen würden.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** steht ebenfalls vollständig hinter der Digitalisierung der Gemeinderatsarbeit und freut sich darüber, dass dieser Modernisierungsschritt unternommen wurde. Darüber hinaus begrüßt er die Aufnahme von Bedenken und die weiter bestehende Option mit Papier zu arbeiten. In Relation zum städtischen Haushalt machten die Einsparpotenziale keine riesigen Summen aus; er rechne allerdings damit, dass sich diese erst langfristig bemerkbar machten. Hinsichtlich der Bedienbarkeit weist er auf die gewünschte Zusammenfassung von Beschlussvorlage und Anlagen in einem Dokument hin, da ein

nebeneinander legen nicht möglich sei müsse man zumindest blättern können. Als weiteren Punkt benennt er die Verfahrensweise für Sondereinladungen, die nur zum Teil in Mandatos erwähnt würden. Er erkundigt sich, ob dies komplett eingebunden werden solle, so dass ein umfassendes Informationsportal für alle gemeinderätlichen Termine entstehe. Abschließend formuliert er die Frage, ob Zeitungen, Flyer und Prospekte in Zukunft ausschließlich in den Fraktionszimmern hinterlegt würden oder digital zur Verfügung stünden.

Die Fraktion von Stadtrat **Weiss** stehe dieser Arbeitsweise sehr aufgeschlossen gegenüber und zeigt sich darüber erfreut, dass der Transport von Aktenbergen der Vergangenheit angehöre. Er gehe anhand der Stimmung im Gesamtgremium von einer mehrheitlichen Teilnahme aus. Da manche Printprodukte sehr kostenintensiv in der Herstellung seien, müsse darüber nachgedacht werden, diese ausschließlich digital aufzulegen. Ferner gelte sein Interesse einer Druckoption über die App.

Stadtrat **Eisele** erklärt, dass hier nur jeder für sich sprechen könne. Persönlich falle ihm die Arbeit mit dem Gerät und der funktionalen App sehr leicht, so dass er nun den Umstieg forcieren. Er sehe ebenfalls ein Problem mit den termingebundenen Einladungen und hoffe auf eine rege Beteiligung, damit sich dies auch lohne. Verbesserungsbedarf mache er bei der gleichzeitigen Darstellung von zwei Dokumenten aus.

Stadträtin **Dziubas** schließt sich ihren Vorrednern an und stellt einen sofortigen Umstieg in Aussicht.

OBM **Spec** identifiziert die Beratung als Erfolgsfaktor und sagt zu, diese auch in Zukunft zur Verfügung zu stellen. Aufgrund anderer Begleitumstände sieht er ein höheres Einsparpotenzial als dargestellt.

Herr **Schinnerling** geht auf die offenen Punkte aus der Mitte des Gremiums ein. Zunächst sagt er zu, die geäußerten Anregungen aufzunehmen und weiterhin im Rahmen von Tablet-Stammtischen und anderen Gelegenheiten als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Hinsichtlich der Einrichtung weiterer Funknetzwerke habe man Empfehlungen ausgesprochen, die gemeinsam mit den Nutzungsrichtlinien einen Beitrag zum sicheren Handling der Konnektivität leisten und die Sensibilität für das Thema Sicherheit schärfen solle. Das bisher betriebene Ratsinformationssystem, welches über das Internet erreichbar sei, könne auch weiterhin genutzt werden. Hinsichtlich der Verwendung eigener Tablets befürchtet Herr Schinnerling Nutzungskonflikte und diverse Problemstellungen bei der Verwaltung der Geräte. Hier sei man bestrebt einheitliche Standards zu nutzen, welche als Basisvoraussetzung für die angestrebte Weiterentwicklung dienen. Die angesprochenen Notizseiten in den Vorlagen seien darüber hinaus genauso in Arbeit wie die Zusammenfassung von Beschlussvorlagen und Anlagen in einem Dokument. Die Frage der Wirtschaftlichkeit eines Teilumstieges habe man nicht abgegrenzt und Seitenbezogen berechnet, da die Einflussfaktoren im Jahresvergleich extremen Schwankungen unterlägen. Bisher habe sich das Projekt positiver als erwartet entwickelt, bei etwas über der Hälfte an Teilnehmern komme es zu Einsparungen. Überdies merkt er an, dass statische Papiervorlagen nicht mit den Vorteilen eines dynamischen Informationssystems vergleichbar seien, da Letztere einen deutlichen Mehrwert böten. Abschließend schildert Herr Schinnerling die Verfahrensweise mit sonstiger Gemeinderatspost, wie Einladungen und Informationsmaterial. Dessen Verteilung würde die personellen Ressourcen in Anspruch nehmen, die eigentlich freigesetzt werden sollten. Bei städtischen Veranstaltungen bemühe man sich die Termine über die Mandatos App hinterlegen. Die gleichzeitige Darstellung zweier Seiten in der App habe der App-Hersteller Somacos in Bearbeitung. Die Grundfunktion des iPads „Split View“ könne hier keine Alternative sein, da diese lediglich zwei verschiedene Apps zeitgleich nebeneinander anzeige.

Abschließend stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 095/16 zur Abstimmung.

Ludwigsburg - Kornwestheim (Vorberatung)

Beschlussempfehlung:

Der Interkommunale Ausschuss Ludwigsburg - Kornwestheim wird seitens der Stadt Ludwigsburg auf Vorschlag der im Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg vertretenen Fraktionen und Gruppierung gemäß § 41 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) mit je einem Vertreter / Vertreterin und einem Stellvertreter/ Stellvertreterin wie folgt besetzt:

	Mitglieder	Stellvertreter
CDU	Klaus Herrmann	Reinhold Noz
Grüne	Andreas Kasdorf	Dr. Christine Knoß
SPD	Margit Liepins	Dr. Daniel O`Sullivan
FW	Reinhardt Weiss	Hermann Dengel
FDP	Jochen Eisele	Johann Heer
LINKE	Claudia Dziubas	Oliver Kube

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 096/16.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Eine Aussprache findet nicht statt.

Abschließend stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 096/16 im Gremium zur Abstimmung.